

U Thant in Wien über Berlin

Der Amtierende Generalsekretär der Vereinten Nationen hielt sich im Anschluß an offizielle Besuche in verschiedenen Staaten vom 2. bis 4. September 1962 in Wien auf, wo er Besprechungen mit Bundespräsident Dr. Schärff, Bundeskanzler Dr. Gorbach und Bundesaußenminister Dr. Kreisky hatte. Am 3. September nahm er in einer Pressekonferenz zur Berlinfrage wie folgt Stellung: „Die Berlinfrage ist in erster Linie eine Angelegenheit der vier Großmächte. Sie sollten alle Energien aufwenden, um das Problem zu lösen. Es ist meiner Ansicht nach ein wenig zu früh, diese Angelegenheit vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu diskutieren. Ich sehe keine Möglichkeit eines praktischen Ergebnisses; selbst wenn eine Entschließung zustande kommen sollte, wäre es zweifelhaft, ob sich die Großmächte an sie auch halten würden. Das könnte die Angelegenheit nur noch mehr erschweren.“ Auf die Frage, warum er bei seiner gegenwärtigen Reise nicht auch Berlin besuche, sagte U Thant: „Ich bin nicht sicher, ob ein kurzer Besuch in Berlin sehr dabei helfen würde, mit allen Seiten des Problems vertraut zu werden. Das Berlinproblem liegt nicht vor den Vereinten Nationen, und ich sehe keine Möglichkeit, wie es vor sie kommen könnte.“ U Thant meinte hierzu weiter, selbst wenn die UN-Mitgliedstaaten die Berlinfrage erörtern würden und eine Entschließung angenommen würde, bestünde noch keine Gewähr für ihre Verwirklichung, wenn nicht alle vier Großmächte es wollten. Unter diesen Umständen könnte die Spannung nur noch erhöht werden. Er forderte für die Lösung des Berlinproblems „Geduld, Phantasie und Verständigungsbereitschaft der großen Vier“.

Welternährungsprogramm wird von der Bundesrepublik unterstützt

Sachwerte, Dienstleistungen und Geld im Gesamtbetrag von 32 Millionen DM sagte der inzwischen abgelöste Beobachter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, Botschafter Heinrich Knapstein, vorbehaltlich der Einwilligung des Parlaments am 5. September auf einer von U Thant geleiteten Spendenkonferenz in New York als deutschen Beitrag zum Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zu. Das am 19. Dezember 1961 von der Generalversammlung beschlossene Programm will innerhalb von 3 Jahren den hungernden und unterernährten Völkern mit Nahrungsmitteln in Höhe von vorerst 100 Millionen Dollar helfen. Auf der Konferenz versprachen 31 Staaten einen Beitrag von 86 Millionen Dollar. Andere werden folgen. Die Bundesrepublik rangiert mit 8 Millionen Dollar nach den Vereinigten Staaten, die mit 50 Millionen Dollar die Hälfte des ganzen Programms bestreiten, vorerst an zweiter Stelle, gefolgt von Kanada und Großbritannien mit je 5 Millionen Dollar, Frankreich mit 3 und Schweden mit 2 Millionen Dollar.

Botschafter Sigismund von Braun

Der neue deutsche Beobachter bei den Vereinten Nationen traf am 13. September 1962 in New York ein und stattete am darauffolgenden Tag dem Amtierenden Generalsekretär U Thant seinen Antrittsbesuch ab.

Berlin. Chruschtschow. Vereinte Nationen

Der sowjetische Partei- und Regierungschef Chruschtschow und der frühere belgische Minister Raymond Scheyven hatten am 18. September in Moskau eine lange Unterredung, deren Veröffentlichung erst am 22. Oktober freigegeben und von der Deutschen Zeitung mitgeteilt wurde. Das Gespräch drehte sich in seinem politischen Teil besonders um die Frage eines Friedensvertragsabschlusses zwischen der Sowjetunion und der SBZ. Nach Chruschtschows Auffassung soll dieser Vertrag die bestehende Situation legalisieren: Es gäbe zwei deutsche Staaten, und es gäbe Westberlin. Ferner sei die

Sowjetunion dafür, beide Staaten in die UNO aufzunehmen. Die Sowjetunion sei in der Berlinfrage schließlich den Westmächten entgegengekommen, indem sie der Stationierung von UN-Truppen in Westberlin zugestimmt habe. Im weiteren Verlauf des Gesprächs sagte dann Chruschtschow: „Ohne Zweifel werden wir nach den amerikanischen Wahlen im November den Dialog mit den Amerikanern fortsetzen, um annehmbare Lösungen für beide Teile zu suchen. Wenn aber die Amerikaner auf ihrer gegenwärtigen unrealistischen Haltung beharren, ist es möglich, daß wir uns an die UNO wenden. Wir werden der Weltorganisation unsere Absicht ankündigen, mit der DDR einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, und wir werden ihr die Bestimmungen dieses Vertrages darlegen, der etwa folgendes vorsieht: Anerkennung zweier deutscher Staaten, Bildung einer freien Stadt Westberlin, Auflösung des Nato-Stützpunktes Westberlin, Garantien für den freien Zugang nach Westberlin und für die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Stadt und schließlich Stationierung symbolischer Truppenkontingente während einer kurzen Übergangszeit. Um zusammenzufassen, es ist möglich, daß wir die UN anrufen werden. Ich weiß nicht, wie die Weltorganisation reagieren wird, aber wir werden sie über unsere friedlichen Absichten unterrichten. Wenn die Westmächte als Antwort darauf einen militärischen Konflikt entfachen, tragen sie dafür die volle Verantwortung. Das ist die Lösung der Berlinfrage, wie wir sie uns vorstellen.“

Scheyven stellte Chruschtschow dann die Frage: „Wäre es nicht möglich, daß die UN-Truppen in Westberlin um amerikanische, englische und französische Kontingente vergrößert werden, die nicht unter dem Kommando der Nato, sondern unter dem Befehl der UN stehen?“

Chruschtschow antwortete: „Man muß eine Formel suchen, die auch die Gegenseite annehmen kann. Aber was Sie vorschlagen, ist für uns nur diskutabel unter der Bedingung, daß auch sowjetische Truppen in Westberlin stationiert werden.“

Auf die Frage des belgischen Ministers, ob diese sowjetischen Truppen dann dem Kommando der UN unterstellt würden, sagte Chruschtschow: „Wir erkennen die Fahne der UN an. Natürlich könnten wir diesen Truppen keine große Bedeutung beimessen, da sich bei uns niemand in die inneren Angelegenheiten Westberlins einmischen möchte, aber wir kämen soweit dem Westen entgegen. Die gegenwärtige Situation mit der Stationierung westlicher Truppen in Westberlin kommt einer Besetzung gleich. Sobald aber ein Friedensvertrag unterzeichnet ist, verlieren die Westmächte das Recht, in Berlin Besatzungstruppen zu unterhalten. Wenn es tatsächlich zu einer Verlegung von UN-Truppen nach Westberlin kommen sollte, dann nehmen wir auch für uns das Recht in Anspruch, als Garantiemacht am Schutz einer freien Stadt Westberlin beteiligt zu sein.

Uns heute mit Atomwaffen zu drohen, ist unklug, da wir selbst solche Waffen besitzen. Ich bin überzeugt, daß am Ende die Vernunft siegt und der Krieg vermieden wird. In unserer Epoche einen Krieg gegen die Sowjetunion zu entfachen, käme dem Selbstmord gleich. Wir glauben, daß wir es mit vernünftigen Menschen zu tun haben.“

Zu einem eigentlichen Gespräch ist es zwischen den beiden Partnern nicht gekommen. Jeder konnte nur seine Auffassung darlegen. Beide Teile mußten schließlich die Unvereinbarkeit ihrer Standpunkte erkennen.

Berlin vor der UNO? Die Meinung des Bundeskanzlers

„Glauben Sie, Herr Bundeskanzler, daß Friedensverhandlungen über Deutschland oder eine Behandlung über die Berlin- und Deutschlandfrage vor der UNO eine Chance für die Entspannung der gegenwärtigen Situation bieten?“ lautete die Frage eines Vertreters von „dimitag“ am 20. September 1962 an den Bundeskanzler. Er antwortete: „Unser Verhältnis zur freien Welt und zu unseren Bundesgenossen hat sich bereits weit über den Stand hinaus entwickelt, der normalerweise nach Abschluß eines Krieges in einem Friedensvertrag fest-

gelegt wird. Verhandlungen hätten nur dann einen Sinn, wenn eine gewisse Aussicht bestünde, daß am Ende dieser Verhandlungen die Selbstbestimmung verwirklicht werden könnte, die die Sowjetunion der Bevölkerung in der SBZ vorenthält. Eine solche Aussicht besteht gegenwärtig nicht. „Ähnlich liegen die Dinge bei der UNO. Ihr Generalsekretär, Herr U Thant, hat ausgeführt, daß die UNO an Stelle der vier Mächte keine Lösung durchsetzen könne. Das ist auch meine Überzeugung.“ (Vgl. U Thant in Wien über Berlin.)

WHO-Seminar in Berlin

In der letzten Septemberwoche veranstaltete die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen im Haus der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer in Berlin ihr 5. Seminar über internationale Gesundheitsfragen, das die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation in Europa zum Gegenstand hatte. Themen der Vorträge waren u. a.: Seuchenbekämpfung, Gesundheitserziehung, psychiatrische Fürsorge, Probleme des Alkoholismus und mentalhygienische Maßnahmen. Die Referate hielten Professoren und Medizinalbeamte. Von mehreren Teilnehmern wurden Berichte über die Ergebnisse von Seminaren der Weltgesundheitsorganisation erstattet. Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Otto Bach, sprach über die Aufgaben der nationalen UN-Gesellschaften. Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Norwegen, Österreich, Schweden und die Schweiz waren der Einladung der Deutschen Gesellschaft gefolgt und hatten Teilnehmer entsandt.

Generalsekretär der WMO besuchte die Bundesrepublik

Der Generalsekretär der Weltorganisation für Meteorologie (WMO), Mr. D. A. Davis, besuchte vom 23. September bis zum 3. Oktober auf Einladung der Bundesregierung die Bundesrepublik. Die WMO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, der die Bundesrepublik Deutschland seit 1954 angehört. Ihre Hauptaufgabe ist es, die weltweite Zusammenarbeit aller Länder auf dem Gebiet des Wetterdienstes zu fördern und zu lenken. Mr. Davis besuchte daher eine Reihe von Dienststellen des Deutschen Wetterdienstes, um ihre Einrichtungen und Arbeitsweisen näher kennenzulernen. Im Anschluß an seinen Besuch beim Zentralamt des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach am Main fanden Besichtigungen in München, Hamburg und Schleswig statt. In Hamburg hatte Mr. Davis Gelegenheit, die Bordwetterwarte des Fischereischutzbootes „Meerkatze“ zu besichtigen. Im Verlauf seiner Reise war Mr. Davis auch in Bonn, wo er u. a. im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium für Verkehr Unterredungen hatte.

Appell des Kuratoriums Unteilbares Deutschland an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen

Eine Delegation des Kuratoriums Unteilbares Deutschland hat am 25. September 1962 dem Direktor der Menschenrechtsabteilung im Generalsekretariat der Vereinten Nationen, Prof. John P. Humphrey, eine Beschwerde wegen der Verletzung von Menschenrechten seit der Errichtung der Mauer in Berlin übergeben. — In ihr erhebt das Kuratorium im Namen der Deutschen in Ostberlin und in der SBZ, die nicht für sich sprechen können, Anklage gegen ständige schwerste Verletzungen ihrer elementaren Rechte auf Leben und Freiheit, auf Freizügigkeit und Auswanderungsfreiheit, wie sie in Artikeln der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 verkündeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert sind. Das Kuratorium bittet die Mitglieder der Menschenrechtskommission im Namen aller Deutschen festzustellen, daß die unmenschlichen Zustände in der SBZ und in Ostberlin eine permanente Verletzung der Menschenrechte bedeuten, daß Deutsche, die im sowjetisch besetzten Gebiet Deutschlands einschließlich Ostberlin wohnen, daran gehindert werden, von den Rechten Gebrauch zu machen, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündet worden sind, und daß Deutsche, die in den Teil ihres Vaterlandes hinüberwechseln wollen, in dem diese Rechte respektiert und gewährleistet werden, unter Anwendung von Gewalt daran gehindert werden und

unmenschliche Freiheitsstrafen erhalten. — Unter Bezugnahme auf die Artikel 13 und 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind dann in der Beschwerde die vorgekommenen Menschenrechtsverletzungen einzeln genannt. — Die Bundesregierung hat am 26. September 1962 begrüßt, daß durch die Übergabe der Beschwerde an das Weltgewissen appelliert wird. Es sei von amtlicher deutscher Seite dargelegt worden, warum weder sie noch der Berliner Senat von sich aus eine solche Maßnahme getroffen haben. (Vgl. hierzu: VEREINTE NATIONEN Heft 5/62 S. 122 und S. 155 sowie die Abhandlung hierüber in diesem Heft S. 168 ff.)

ECE untersucht Verschmutzung des Rheins

47 Sachverständige aus 18 Ländern unternahmen im Auftrag der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa vom 30. September bis zum 10. Oktober eine Studienreise auf dem Rhein von Basel bis Rotterdam. Hierbei haben die Fachleute das Problem der Verschmutzung des Rheins und die Methoden der kommunalen und industriellen Abwasserbeseitigung studiert und nach Möglichkeiten gesucht, die zur Wiedergesundung des Rheinstroms führen können. Nach Ansicht der Kommission ist der Rhein nur noch für die Schifffahrt und für den Transport von Abfallstoffen nach der See brauchbar. Die Industriebetriebe entlang des Flusses können das Wasser nicht mehr für die Produktion verwerten, und auch für die Landwirtschaft und den Gartenbau ist das Rheinwasser unbrauchbar geworden. Nach Ansicht der Sachverständigen könnte eine Pipeline entlang des Rheins, die die Abwässer aufnimmt, dazu beitragen, daß 95 vH der gegenwärtigen Verschmutzung aufgefangen werden.

Deutsche Sachverständige für die IAEO

Die Bundesrepublik Deutschland ist bei der Errichtung des Hilfeleistungsprogramms der Internationalen Atomenergie-Organisation der Vereinten Nationen (IAEO) in Wien auch an diesem Vorhaben der Entwicklungshilfe beteiligt. Deutsche Kontaktstelle hierfür ist das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft (BAW) in Frankfurt. Im Rahmen der IAEO-Programme erhielt Prof. Dr.-Ing. von Erichsen vom Institut für Physikalische Chemie der Universität Bonn von der IAEO für ein Jahr einen Beratungsauftrag nach dem Irak. Prof. von Erichsen wird die dortige Forschungszentrale für Atomenergie auf dem Gebiet der Radiochemie beraten.

Zeichnung der UN-Anleihe durch die Bundesregierung

Die Bundesregierung hat am 17. Oktober 1962 die 200 Millionen Dollar-Anleihe der Vereinten Nationen in Höhe von 10 Millionen Dollar gezeichnet. Der Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, Botschafter Freiherr von Braun, hat den Anteilschein aus der Hand des Amtierenden Generalsekretärs der Vereinten Nationen U Thant entgegengenommen. Mit diesem Schritt hat die Bundesregierung ihr am 14. März 1962 gegebenes Versprechen eingelöst, sich an der Unterbringung der Anleihe maßgeblich zu beteiligen. Der von der Bundesregierung gezeichnete Betrag ist der höchste unter den bisher erfolgten Zeichnungen. Großbritannien hat sich bereit erklärt, Anteilscheine im Betrag von 12 Millionen Dollar zu kaufen. Die USA sind bereit, die Anleihe zu einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Dollar zu zeichnen.

Die Generalversammlung beschloß am 20. Dezember 1961 mit Entschließung 1739 (XVI) die UN-Anleihe, um die schwierige Finanzlage der Vereinten Nationen, in die sie durch die Aufbringung der erforderlichen Mittel für die UN-Truppen im Vorderen Orient und im Kongo geraten sind, zu überbrücken. Die Tilgung der einzelnen Darlehen beginnt am Ende des ersten Jahres nach Zeichnung mit 3,1 vH und endet mit 5,1 vH. Das Darlehen hat eine Laufzeit von 25 Jahren. Die Verzinsung beträgt 2 vH jährlich auf die jeweils ungetilgte Restsumme.

Bundesaußenminister Dr. Schröder über Berlin und die Vereinten Nationen

In einem längeren Gespräch mit dem Norddeutschen Rundfunk am 17. Oktober 1962 äußerte sich der Minister im Anschluß an seinen Washington-Besuch, der im wesentlichen der Berlinfrage gegolten hatte, auch über die Vereinten

Nationen. Auf die Frage, ob mit der amerikanischen Regierung auch noch wesentliche andere Themen erörtert worden seien, antwortete der Minister: „Wir sind natürlich, wie das bei solchen Zusammenkünften ist, insbesondere mit meinem Kollegen Rusk, auch etwas auf Probleme eingegangen, die außerhalb Berlins liegen; denn natürlich kann man auch in der Berlin- und Deutschlandfrage ein abgewogenes Urteil nur dann haben, wenn man den Zusammenhang der Probleme ins Auge faßt. Dazu gehören die verschiedenen Bereiche. Nicht zuletzt gehört dazu auch, daß man einmal immer wieder einen Blick auf die Vereinten Nationen und die Generalversammlung der Vereinten Nationen wirft; denn es liegt ja auf der Hand, daß für mögliche Fälle u. U. die Vereinten Nationen auch einmal diese oder jene Rolle spielen könnten.“ Hierauf wurde ihm die Frage vorgelegt, ob diese Rolle auch eine politische sein könne. Die Antwort des Außenministers lautete: „Sicherlich könnten die Vereinten Nationen eine politische Rolle spielen, denn sie sind eine politische Institution, möchte ich meinen. Sie wissen z. B., ohne daß das mit mir besonders eingehend erörtert worden ist, daß immer wieder der Gedanke auftaucht, ob man nicht bestimmte Einrichtungen der Vereinten Nationen nach Berlin legen kann, um dadurch ein wenig mehr zur Entspannung beizutragen. Das ist ein Gedanke, dem wir an sich positiv gegenüberstehen — immer unter Wahrung einer Grundvoraussetzung: Die Sicherheit und Lebensfähigkeit Berlins hängt nicht daran, daß es irgendwelche Einrichtungen der Vereinten Nationen dort gibt, sondern daß es in Berlin die westlichen Truppen gibt. Dies ist das A und O, das wir nicht vergessen wollen.“

Bundeskanzler Adenauer über das Ergebnis der Generaldebatte

Der Bundeskanzler gab dem Deutschlandfunk am 21. Oktober 1962 ein Interview, in dem er auf die Frage nach dem bisherigen Ablauf der politischen Debatte in der Generalversammlung der Vereinten Nationen antwortete: „Die Debatte in der Generalversammlung der Vereinten Nationen hat bisher ergeben, daß außer unseren Nato-Verbündeten eine erfreulich große Zahl von afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten dem Standpunkt der Bundesrepublik in der Berlin- und Deutschlandfrage Verständnis entgegenbringt. Inzwischen dürfte auch die Sowjetregierung erfahren haben, daß außerhalb des Sowjetblocks wenig Neigung besteht, den von ihr angekündigten Separatvertrag mit zu unterzeichnen. Weit davon entfernt, dem Regime in der sowjetisch besetzten Zone die ersehnte internationale Anerkennung zu verschaffen, würde der Abschluß des Separatvertrags, bei dem die Kommunisten unter sich bleiben, nur noch einmal ganz deutlich machen, daß das Sowjetzonenregime in der Welt wenig Freunde hat. Die Bundesregierung sieht darin einen Erfolg ihrer Bemühungen, die Weltöffentlichkeit über die Lage Deutschlands zu informieren. Diese Bemühungen werden mit unverminderter Intensität fortgesetzt werden. Ein wertvoller Beitrag war der Appell des Kuratoriums Unteilbares Deutschland an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Verantwortlich für eine Lösung der deutschen Frage sind und bleiben jedoch die vier Mächte. Von dieser Verantwortung kann sich die Sowjetunion nicht einseitig durch einen Separatvertrag lossagen. Für den Westen bleibt die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts das gemeinsame Ziel. Sie bleibt zugleich das nationale Ziel aller Deutschen.“

Kampf der Malaria

Am 24. Oktober, dem „Tag der Vereinten Nationen“, wurde die Briefmarken- und Fotoausstellung „Kampf der Malaria“ im Amerika-Haus München eröffnet. Das Material für diese Ausstellung wurde der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen von der Weltgesundheitsorganisation in Genf zur Verfügung gestellt. Es umfaßt den größten Teil der Sonderbriefmarken, die von rund 100 Ländern als nationaler Beitrag zu der weltweiten Malariabekämpfungsaktion der Weltgesundheitsorganisation herausgegeben wurden. Bisher wurde die Ausstellung im Palais des Nations in Genf und bei

internationalen Briefmarkenausstellungen in Prag und Neapel gezeigt. Ab 20. November ist die Ausstellung im Amerika-Haus in Essen und ab 17. Dezember 1962 im Amerika-Haus in Hamburg zu sehen.

Ihr Gruß hilft einem Kinde

Auch in diesem Winter werden wieder in der ganzen Welt die beliebten UNICEF-Grußkarten verkauft, deren Erlös dem Weltkinderhilfswerk zugute kommt. Die Karten können entweder als Briefkarten ohne Aufdruck oder als Grußkarten mit eingedruckten Grüßen in den fünf Amtssprachen der Vereinten Nationen bezogen werden. Der Preis einer Schachtel mit 10 Karten und 10 Briefumschlägen beläuft sich auf 5 DM; sie sind erhältlich beim Deutschen UNICEF-Komitee, Köln, Mohrenstraße 6.

Tag der Vereinten Nationen 1962

Am 24. Oktober 1945 trat die Charta der Vereinten Nationen in Kraft. Seitdem gilt dieses Datum als Tag der Vereinten Nationen, an dem jährlich dieses Ereignisses in allen Ländern der Welt durch Veranstaltungen und in anderer Form gührend gedacht wird. Die diesjährige Bundesveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen fand in der Kongreßhalle Berlins statt. Die Durchführung lag in Händen des Berliner Landesverbandes. Obwohl die Veranstaltung mit dem Höhepunkt der Kubakrise zeitlich zusammenfiel, war die Kongreßhalle wie schon in früheren Jahren gut besetzt. Außer den Vertretern der ausländischen Missionen, des Bundes und des Berliner Senats, der in- und ausländischen Presse sowie von Jugendorganisationen und Studentengruppen nahmen eine Delegation von 18 französischen Bürgermeistern und Kommunalbeamten und eine Delegation türkischer Parlamentarier teil. Der Berliner Landesvorsitzende und Präsident des Abgeordnetenhauses, Otto Bach, begrüßte die Gäste und hob hervor, es gälte, den Weg zu einer wirklichen Koexistenz der großen Mächte zu finden, ohne jedoch Recht und Gerechtigkeit hintanzusetzen. Sodann sprach als erster Referent Herr Terje Wold, Oslo, Präsident des Obersten Gerichts und Mitglied des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Nach seiner Meinung sind die Vereinten Nationen heute bedeutender als zur Gründungszeit. Er forderte für die Organisation eine supranationale Führungsrolle, die in der heutigen hoch industrialisierten und technischen Welt sehr wohl ihren Platz habe. Erst heute könne auf Grund der technischen Entwicklung davon die Rede sein, daß die Menschen wirklich in „einer einzigen Welt“ leben; in ihr müsse aber auch die Bedeutung nationaler Grenzen zurückgehen. Die politische Lage zeige immer klarer, daß man, falls die kultivierte und lebenswerte Welt nicht in einer Katastrophe untergehen solle, zu Zusammenarbeit auf höchster Ebene kommen müsse. Der Bundesbevollmächtigte für Berlin, Staatssekretär Felix von Eckardt, 1956 Beobachter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, bezeichnete den Beitritt der Bundesrepublik in die Organisation der Vereinten Nationen, solange das Deutschlandproblem nicht gelöst sei, als unmöglich. Der Redner sprach sich gegen Pläne aus, die Berlinfrage auf die Tagesordnung der Generalversammlung zu setzen. Die Verantwortung der Alliierten für Berlin dürfe nicht abgegeben werden, da es keine Institution gäbe, die mit gleicher Entschiedenheit und Erfolg die Sicherheit Westberlins garantieren könne. Die Anwesenheit von Organisationen der Vereinten Nationen in Berlin sei jedoch zu befürworten. Die Kubakrise befand sich zur gleichen Stunde auf ihrem Höhepunkt; von Eckardt bemerkte zu ihr: „Solange man, und das ist der ungeheure Wert der Vereinten Nationen, auf diesem Weltparkett und auch im Sicherheitsrat miteinander redet, solange keine der entscheidenden Nationen den Sicherheitsrat verläßt, so lange können Sie damit rechnen, daß der Friede in der ganzen Welt gewahrt bleibt.“

Auch an zahlreichen anderen Orten der Bundesrepublik fanden zum Tag der Vereinten Nationen Veranstaltungen, Vorträge und Seminare statt.

Aus gleichem Anlaß gab der Repräsentant des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge in Deutschland in Bad Godesberg einen Empfang, an dem zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnahmen.